

RECHT aktuell

Kanzlei Dr. Mustermann & Kollegen
Private Ausgabe

Kaiserstraße 45, 90450 Nürnberg
Tel: 0911/45 67 89 Fax: 0911/45 67 88
E-Mail: info@mustermann.de



Ausgabe
07/
2011

RECHT aktuell

Arbeits- und Sozialrecht

Berechnung des Urlaubsanspruchs bei Elternteilzeit

Nach § 4 BUrlG (Bundesurlaubsgesetz) entsteht der Urlaubsanspruch des Arbeitnehmers nach erfüllter Wartezeit jeweils mit Beginn des Urlaubsjahres. Der Arbeitgeber ist nach § 17 Abs. 1 Satz 1 BEEG (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz) jedoch berechtigt, den Erholungsurlaub für jeden vollen Kalendermonat der Elternzeit um ein Zwölftel zu kürzen. Befand sich - wie im Streitfall - der Arbeitnehmer vom 16. August 2008 bis zum 15. Oktober 2008 in Elternzeit, zählt nur der Monat September als voller Kalendermonat. Der Jahresurlaub darf in diesem Fall daher nur um ein Zwölftel gekürzt werden.

Urteil des BAG vom
17.05.2011 - 9 AZR 197/10

Keine Witwenrente bei Versorgungsehe

Eine Witwe hat keinen Anspruch auf Hinterbliebenenrente, wenn die erst kurz vor dem Tod des Versicherten geschlossene Ehe vor allem ihrer Versorgung diene. Für das Vorliegen einer Versorgungsehe spricht, wenn die Versorgung der Hinterbliebenen - wie hier - durch Übertragung privater Vermögenswerte zu Lebzeiten und von Todes wegen erfolgte. Dem Verstorbenen war es aufgrund der beachtlichen Zuwendungen erkennbar um die Versorgung seiner Ehefrau für die Zeit nach seinem Tod gegangen.

Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 12.04.2011 - L 13 R 203/11

Reiserecht

Flugverspätung durch Erkrankung von Crewpersonal

Einem Flugreisenden steht bei einer mehr als dreistündigen Ankunftsverspätung ein Ausgleichsanspruch zu, es sei denn, die Verspätung beruht auf einem außergewöhnlichen Umstand. Das Amtsgericht Rüsselsheim verneinte das Vorliegen eines außergewöhnlichen Umstandes, wenn ein Flug wegen Erkrankung eines Crewmitglieds um einen Tag verschoben werden muss, bis entsprechendes Ersatzpersonal am Abflugort eingetroffen ist. Zwar erkannte der Richter, dass es der Fluggesellschaft nicht zumutbar ist, an jedem Einsatzort permanent Ersatzpersonal bereitzuhalten. Der Ausfall eines Mitarbeiters in einem Unternehmen stellt jedoch ein gewöhnliches Unternehmerrisiko dar und kann daher nicht als außergewöhnlicher Umstand angesehen werden.

Urteil des AG Rüsselsheim vom
17.09.2010 - 3 C 598/10 (31)

Bankrecht

Einwendungen gegen Kreditkartenabrechnungen vor Urlaubsantritt

Einwendungen eines Bankkunden gegen eine Kreditkartenabrechnung können nur dann Berücksichtigung finden, wenn sie unverzüglich, also ohne schuldhaftes Verzug erfolgen. Die Frist für die Prüfungspflicht beginnt mit der Bereitstellung der Abrechnung in dem für den Kunden im Rahmen des Onlinebanking von der Bank eingerichteten elektronischen Postfach zu laufen. Einem Kunden ist es dabei zumutbar, seine Kontoumsätze drei Wochen vor Antritt einer Urlaubsreise im Wege des Onlinebanking zu überprüfen. Rügt er eine Abrechnung erst nach seiner Urlaubsrückkehr, kann diese nicht mehr als unverzüglich angesehen werden.

Urteil des LG Berlin vom 04.03.2010
37 S 6/09

Familienrecht

Eingehen einer verfestigten Lebensgemeinschaft

Nach 1579 Ziff. 2 BGB ist der Unterhaltsanspruch zu versagen, herabzusetzen oder zeitlich zu begrenzen, soweit die Inanspruchnahme des Verpflichteten auch unter Wahrung der Belange eines dem Berechtigten zur Pflege oder Erziehung anvertrauten gemeinschaftlichen Kindes grob unbillig wäre, weil der Berechtigte in einer verfestigten Lebensgemeinschaft lebt. Grundsätzlich ist nach ständiger Rechtsprechung erst ab zwei bis drei Jahren von einer verfestigten Lebensgemeinschaft auszugehen. Dabei ist die Dauer des Zusammenlebens nur ein wichtiges, aber nicht entscheidendes Indiz.

Die Voraussetzungen sind auch dann gegeben, wenn die neuen Partner zunächst ein gutes Jahr in der Wohnung eines Partners zusammenlebten und dann eine gemeinsame neue Wohnung anmieten, deren Kosten sie gemeinsam tragen. Hier lässt sich daraus schließen, dass die Beziehung bereits nach insgesamt eineinhalb Jahren des Zusammenlebens für die Zukunft und auf Dauer angelegt und damit bereits hinreichend verfestigt ist.

Beschluss des OLG Frankfurt vom
19.11.2010 - 7 UF 91/09

Erfolgreiche Vatersuche über Handynummer

Bleibt ein sogenannter One-Night-Stand nicht ohne Folgen, kann sich der Vater des daraus hervorgegangenen Kindes vor Unterhaltsforderungen auch dann nicht mehr sicher sein, wenn er seinen Nachnamen nicht preisgegeben hat. Die Handynummer genügt. Das Amtsgericht Bonn hat auf Klage der sorgeberechtigten Mutter dem Kind einen Auskunftsanspruch gegenüber der Telekom zugesprochen, die nun den Namen des Anschlussinhabers und mutmaßlichen Vaters mitteilen muss.

Urteil des AG Bonn vom
08.02.2011 - 104 C 593/10

Kanzlei

Dr. Mustermann & Kollegen

Kaiserstraße 45, 90450 Nürnberg

Tel: 0911/45 67 89 Fax: 0911/45 67 88

E-Mail: info@mustermann.de

RECHT



RECHT aktuell

Verkehrsrecht

Verengung eines Radwegs durch parkendes Fahrzeug

Das Abschleppen eines teilweise auf einem Radweg abgestellten Pkws ist verhältnismäßig und damit zulässig, wenn es den Radweg unter Berücksichtigung seiner jeweiligen Verkehrsbedeutung mehr als nur unwesentlich einengt. Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen geht von einer mehr als unwesentlichen Verengung aus, wenn der Radweg nur noch zu etwa zwei Dritteln für Radler frei ist.

Beschluss des OVG Nordrhein-Westf. vom 15.04.2011 - 5 A 954/10

Verunreinigte Kleidung durch Spritzwasser

Ein Pkw-Fahrer ist nach einer Entscheidung des Landgerichts Itzehoe nicht verpflichtet, Wasserlachen auf der Fahrbahn stets nur im Schrittempo zu durchfahren, wenn andernfalls Fußgänger bespritzt werden könnten. Zur Begründung führte das Gericht die mit der Geschwindigkeitsreduzierung verbundene Unfallgefahr auf. Ferner würde es zu erheblichen Verkehrsbehinderungen kommen, wenn bei Regen alle Kraftfahrzeuge nur mit Schrittgeschwindigkeit fahren dürften.

Beschluss des LG Itzehoe vom 24.02.2011 - 1 S 186/10

"Unsichtbare" Geschwindigkeitsbeschränkung

Ein durch Baum- und Buschbewuchs nicht mehr erkennbares Verkehrszeichen, mit dem innerorts eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h angeordnet wird, entfaltet keine Rechtswirkung mehr. Ein Autofahrer, der die betreffende Straße mit einer Geschwindigkeit von 70 km/h befahren hat, kann daher nicht wegen einer Geschwindigkeitsüberschreitung von 40 km/h sondern lediglich von 20 km/h (Geldbuße 35 Euro) verurteilt werden.

Beschluss des OLG Hamm vom 30.09.2010 - III-3 RBs 336/09

Immobilienrecht

"Seegrundstück" ohne Zugang zum See

Sind die Parteien bei Abschluss eines Grundstückskaufvertrags übereinstimmend davon ausgegangen, dass das Grundstück bis an einen See heranreicht und stellt sich später heraus, dass sich zwischen dem verkauften Grundstück und dem See ein in fremdem Eigentum stehender, fünf Meter breiter Uferstreifen befindet, ist der Verkäufer dem Erwerber zum Schadensersatz verpflichtet. Der Schaden besteht dann in dem geringeren Wert des Grundstücks mit Seeblick im Vergleich zu dem Wert eines an den See angrenzenden Grundstücks.

Für die Annahme, das Grundstück liege direkt am See, genügt es, wenn das Objekt im Maklerexposé als "wunderschön eingewachsen und direkt an den See angrenzend" beschrieben wird. Dass im notariellen Kaufvertrag die Bezeichnung "Seegrundstück" verwendet wird, ist nicht erforderlich.

Urteil des OLG Schleswig vom 29.03.2011 - 3 U 49/10

Steuerrecht

Keine Zollnachforderung

Ist einem Zollbeamten bei der Berechnung des Zolls für einen zur Einfuhr mündlich angemeldeten Blue-Ray-Player zugunsten eines Touristen ein Berechnungsfehler unterlaufen, kann der Zoll den Abgabenbescheid nicht nachträglich korrigieren und einen erhöhten Zoll nachfordern. Etwas anderes würde nur dann gelten, wenn dem Betroffenen der Irrtum bei der Berechnung der Einfuhrangaben bekannt gewesen wäre. Von einer zollrechtlich unerfahrenen Privatperson kann bei der Einfuhr und Zollanmeldung eines geringwertigen Geräts der Unterhaltungselektronik jedoch nicht ohne Weiteres erwartet werden, bei der binnen 15 Minuten erfolgenden Festsetzung zu erkennen, dass diese nicht in voller Höhe erfolgt ist.

Urteil des FG Hamburg vom 03.05.2011 - 4 K 63/11

Mietrecht

Mietminderung wegen zu kleiner Fläche bei möblierter Wohnung

Weist eine gemietete Wohnung entgegen den Angaben im Mietvertrag eine wesentlich kleinere Fläche auf, kann der Mieter die Miete entsprechend mindern. Die Wesentlichkeitsgrenze liegt nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs bei einer Wohnflächenabweichung von 10 Prozent und mehr.

Die Karlsruher Richter halten eine Reduzierung der Miete entsprechend der festgestellten Minderfläche auch bei einer möblierten Wohnung für gerechtfertigt. Daran ändert auch nichts, dass die für eine Haushaltsführung benötigten Einrichtungsgegenstände trotz der geringeren Wohnfläche vollständig in der Wohnung untergebracht werden können. Bei einer Flächenabweichung von 11,5 Prozent kann der Mieter die Mietminderung daher in Höhe desselben Prozentsatzes vornehmen.

Urteil des BGH vom 02.03.2011 - VIII ZR 209/10

Befriedigung aus Kautions trotz Veräußerung des Mietobjekts

Hat ein Vermieter eine Wohnimmobilie verkauft, kann er sich zur Deckung einer rechtskräftig festgestellten Forderung auch dann noch der vom Mieter geleisteten Kautions bedienen, wenn er das Mietobjekt bereits übereignet hat, die Kautions sich aber noch in seinem Besitz befindet. Ansonsten würde der Mieter durch die Veräußerung zu Lasten des vormaligen Vermieters ungerechtfertigt besser gestellt werden, indem er die Mietsicherheit von dem Erwerber uneingeschränkt zurückfordern könnte.

Urteil des OLG Frankfurt vom 15.04.2011
2 U 192/10

RECHT aktuell